



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

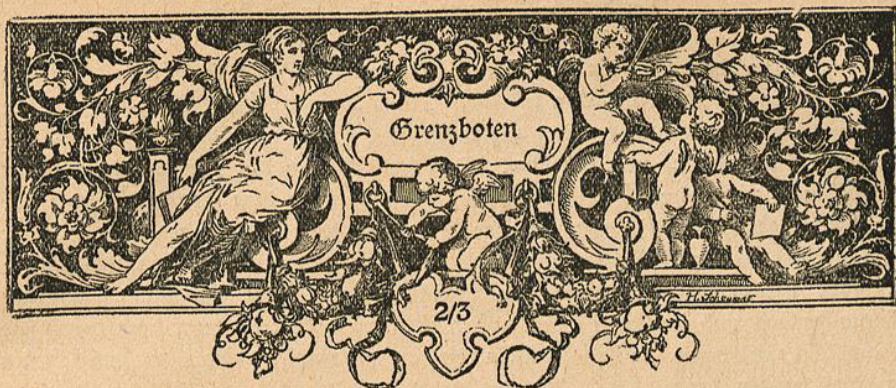
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Hartung, Fritz: Das deutsche Volk und das Deutsche Reich : zum 18.
Januar 1921

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ausgegeben am 16. Januar 1921

Wenn man den Zustand fingierte, daß sämtliche deutsche Dynastien plötzlich beseitigt wären, so wäre nicht wahrscheinlich, daß das deutsche Nationalgefühl alle Deutschen in den Friktionen europäischer Politik völkerrechtlich zusammenhalten würde, auch nicht in der Form föderierter Hansestädte und Reichsbörser. Die Deutschen würden fester geschmiedeten Nationen zur Beute fallen, wenn ihnen das Bindemittel verloren ginge, welches in dem gemeinsamen Standesgefühl der Fürsten liegt

(Bismarck, Gedanken und Erinnerungen I.)

Das deutsche Volk und das Deutsche Reich

Zum 18. Januar 1921

Von Professor Dr. Fritz Hartung



Dem Anschein nach will die Regierung des Deutschen Reiches an der 50. Wiederkehr des Tages der Reichsgründung schein vorüber-schleichen. Aber es wäre ein Armutzeugnis für das politisch reife Volk, wenn es ohne amtlichen Befehl nicht die Entschlußkraft fände, den 18. Januar zu feiern, ein Armutzeugnis vor allem für uns, die wir die geistigen Führer des Volkes zu sein beanspruchen, wenn wir nicht den Mut fänden zu sagen, was dieser Tag auch heute noch für Deutschland bedeutet.

Aber ist es denn wirklich an der Zeit, Feste zu feiern? Ist nicht der deutsche Name in der Welt verachtet und geschändet, sind nicht Millionen deutscher Volksgenossen unter harte Fremdherrschaft gezwungen, müssen nicht Hundert-tausende, die als Pioniere deutscher Arbeit und deutscher Kultur sich im Ausland eine geachtete Stellung errungen hatten, als heimatlose Flüchtlinge das verarmte Mutterland wieder aufsuchen, hält nicht ein erbarmungsloser Feind ein gutes Stück des deutschen Bodens besetzt? Da sollen wir uns zusammensinden, um uns an den Großtaten unserer Väter zu berauschen, die das Reich geschaffen haben? Nein, gewiß nicht! Patriotische Feste alten Stils mit klingenden Gläsern und tönenden Reden können wir heute nicht brauchen. Wir wollen uns nicht mit schönen Worten über den furchtbaren Ernst der Zeit hinwegtäuschen, wollen nicht mit der Erinnerung an die Heldenzeit vor fünfzig Jahren die tiefe Beschämung

Grenzboten I 1921

3

erstickten, unter der alle, die sich eine Spur vaterländischen Empfindens bewahrt haben, leiden. Und doch haben wir das Recht, ja sogar die Pflicht, uns an den großen Erinnerungstagen unserer Geschichte mit allem Nachdruck ins Gedächtnis zurückzurufen, was sie uns bedeuten. Den Gedenkfeiern der Zeit vor dem Kriege konnte man nicht ohne Grund vorwerfen, daß sie über dem freudigen Stolz auf die Vergangenheit und Gegenwart die Aufgaben der Zukunft vergaßen. Unser geschlagenes und zerklüftetes Geschlecht aber kann gar nicht ernst genug an die Aufgabe herantreten, die durch die Revolution gefährdete Verbindung mit der Vergangenheit und ihrem geistigen und politischen Erbe zu pflegen und damit die Grundlage zu legen, auf der allein ein zukunftsfähiger Bau fest und sicher errichtet werden kann.

Wohl denken wir am 18. Januar in erster Linie an die Kaiserproklamation zu Versailles, aber dieser Tag hat uns mehr gebracht als die monarchische Staatsform; er hat auch die politische Einheit Deutschlands geschaffen. Deren Symbol und deren Stütze sollte das Kaisertum sein. Und wenn die Monarchie heute zerstört ist, so lebt die Einheit doch fort, wenn auch äußerlich Zwiespalt herrscht. Wollen wir über den Zwiespalt in unserem Volke hinaus zur gemeinsamen Grundlage unseres politischen Lebens gelangen, so dürfen wir nicht haften bleiben an der äußeren Form, die der deutschen Einheit 1871 gegeben worden ist, sondern müssen das Wesen dieser Einheit selbst ins Auge fassen. Das Deutsche Reich hat den Zusammenbruch der Monarchie überdauert. Es feiert in diesen Tagen sein fünfzigjähriges Bestehen, und seine Zukunft zu sichern ist die politische Aufgabe, die uns gestellt ist, denn einer festen staatlichen Gestalt bedürfen wir nach aller geschichtlichen Erfahrung, wenn wir nicht als Volk untergehen sollen.

Betrachten wir nun, um das rechte Verständnis für die Reichsgründung von 1871 zu gewinnen, das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinem Staat, wie es sich im Laufe der Jahrhunderte entwickelt hat, so müssen wir eine lange Leidensgeschichte überblicken. Das Wort „Deutsch“ tauchte zum ersten mal gegen das Ende des 8. Jahrhunderts im Reiche Karls des Großen auf, um die nicht-romanischen Bestandteile dieses weitausgedehnten Reiches von den romanischen Völkerschaften zu unterscheiden. Es bezeichnet zunächst nur eine Gemeinschaft der Sprache und der Sitte, nicht einen geschlossenen staatlichen Verband; vielmehr sind es mehrere, auch rechtlich getrennte Stämme, die zum Bereich der deutschen Sprache gehören. Aber aus der Sprachgemeinschaft erwächst im 9. Jahrhundert eine politische Gemeinschaft, je schärfer die völkische Trennung vom Romanentum empfunden wird. Die Auflösung des Karolingerreiches in den Teilungsverträgen von Verdun und Meersen aus den Jahren 843 und 870, auf die der Gegensatz zwischen Deutschen und Romanen von unverkennbarem Einfluß gewesen ist, schafft allmählich ein deutsches Staatswesen. Als zu Beginn des 10. Jahrhunderts die deutschen Karolinger ausstarben, empfand sich das deutsche Volk schon mit vollem Bewußtsein als politische Einheit. Denn es holte weder die französischen Karolinger trotz ihrem unbestreitbaren Erbrecht zurück, noch löste es sich in seine einzelnen Stämme auf, sondern es setzte sich in freier Wahl einen neuen König, Konrad I. Mit ihm beginnt die Geschichte des deutschen Wahlkönigtums. Daß die Wählbarkeit die Macht des deutschen Königs je länger je mehr geschwächt hat, ist aus der deutschen Geschichte bekannt genug; darüber braucht kein Wort

mehr verloren zu werden. Aber sie hat doch den einen großen Vorteil gebracht: die Einheit des Reichs war gegen alle Familienzwise, gegen alle Teilungsgelüste, wie sie in den Zeiten unentwickelten staatlichen Denkens fast jede Erbmonarchie bedroht haben, dauernd gesichert.

Allerdings sind die deutschen Stämme nicht restlos in diese Einheit aufgegangen. Von Anfang an hat das deutsche Königtum gegen ihren Partikularismus kämpfen müssen. Mit verbissener Zähigkeit, die sich nie gescheut hat, zum Schutz gegen die Reichsgewalt den Reichsfeind ins Land zu rufen, hat dieser sich gewehrt. Des Stammesherzogtums ist das Königtum schließlich Herr geworden, aber des Partikularismus nicht. Der Hang zu einem Sonderleben in engstem Kreise blieb den Deutschen auch in den glanzvollsten Zeiten der Kaisergeschichte. Daß es nicht gelang, diesen Trieb zu unterdrücken, liegt an der eigenartigen Verkettung unserer Anlagen und unserer Schicksale. Mit den technischen Mitteln des Mittelalters war ein großes Reich nicht anders zu regieren als durch lokale Dezentralisation in Gestalt des Lehnswesens; so fand die deutsche Eigenbrödelei immer neue Mittelpunkte zu ihrer Entfaltung. Die univervale Kaiserpolitik ließ die deutschen Herrscher nicht zu einer so stetigen Einwirkung auf die deutschen Verhältnisse kommen, daß die zentrale Reichspolitik ein wirksames Gegengewicht gegen den Partikularismus hätte werden können. Dazu treten die besonderen Schicksalsschläge, die sich jeder Erklärung aus allgemeinen Ursachen entziehen; daß Otto II., Heinrich III., Heinrich VI., die beiden letzten Herrscher von ganz besonderer Tatkraft, im besten Mannesalter vom Tod ereilt worden, daß ihre Nachfolger unmündige Kinder gewesen, daß die Königsgehlechter der Ottonen, der Salier, der Staufer ausgestorben sind, bevor sich eine feste Erblichkeit der Krone hat ausbilden können, das alles hat den partikularen Gewalten in Deutschland eine sehr viel größere Bedeutung verliehen, als sie etwa in Frankreich zu erlangen vermochten. Denn hier hat von 987 bis ins 14. Jahrhundert das Haus der Capetinger ununterbrochen regiert, stets ist ein Sohn, mit einer einzigen Ausnahme sogar ein mündiger Sohn dagewesen, um an die Stelle des verstorbenen Königs zu treten; so ist hier das Königtum zu einer starken erblichen Macht geworden.

Die entscheidende Wendung der deutschen Geschichte erfolgte, als unter Heinrich IV. das Papsttum sich mit dem deutschen Partikularismus gegen das Kaisertum verbündete und diesem in Canossa die erste schwere Niederlage zufügte. Von ihr hat sich die kaiserliche Gewalt auf die Dauer nicht mehr erholen können. Denn sobald es den Anschein hatte, als sollte sie wieder zu starker Macht gelangen, fand sie sich dieser Koalition des deutschen Partikularismus mit univervalen Gewalten gegenüber. Mit den Welfen, den lombardischen Städten, dem Papsttum hat Friedrich I. kämpfen müssen; Legnano ist die zweite große Niederlage des Kaisertums geworden. Und zuletzt ist das alte Kaisertum der überlegenen Macht seiner Gegner völlig erlegen.

Denn wenn auch nach dem Interregnum die kaiserliche Gewalt in Deutschland mit all ihren alten Titeln und Ansprüchen wieder erneuert wurde, so war sie doch etwas ganz anderes als das Kaisertum der Ottonen, Salier und Staufer. Rücksichtslos hatte der Partikularismus die Jahre des Interregnums dazu benutzt, sich auf Kosten des Reichs zu bereichern. Große und kleine Herren hatten sich Landesherrschaften geschaffen, die nun rasch Mittelpunkte dynastisch-kleinstaatlichen

Sonderlebens wurden. Für Jahrhunderte, vielleicht auf immer, ist so dem Reiche, dem Gesamtverband, die feste Grundlage staatlichen Lebens entzogen worden. Die Einzelstaaten allein verfügten sowohl über die materiellen Mittel, ohne die ein Staat nicht bestehen kann, wie über die Verwaltungsorganisation, die das feste Gerüst des modernen Staats bildet. Deshalb war die kaiserliche Gewalt, wenn anders sie nach 1273 in Deutschland überhaupt etwas bedeuten wollte, gezwungen, sich in einem eigenen Einzelstaat, in einer Hausmacht, die unentbehrliche Basis der Herrschaft zu suchen. Damit aber änderte sich die Stellung des Kaisers im Reiche. Er war nicht mehr der Oberherr über Vasallen, sondern er war der vornehmste Territorialfürst, war Konkurrent seiner eigenen Untertanen geworden. Das trug neue Gegensätze in die Reichsgeschichte hinein. Es stand nicht mehr eine zentrale Reichsgewalt gegen den Partikularismus, sondern ein Hausmachtinteresse gegen die Summe der einzelstaatlichen Interessen. Die alte Abneigung der Deutschen gegen die Übernahme staatlicher Pflichten wurde bedenklich verstärkt, seitdem sie sich darauf berufen konnten, daß ihre Leistungen gar nicht der Gesamtheit, sondern nur der kaiserlichen Hausmacht zugute kommen würden. Daraus erklärt sich der unerfreuliche Charakter der deutschen Reichsgeschichte seit dem 14. Jahrhundert. Weil niemand dem Reiche Opfer bringen wollte, verfiel dieses. Deutschland machte den Fortschritt der anderen großen Staaten Europas zu festerer Organisation, zu bewußter Unterstützung der nationalen Wirtschaft, zu tatkräftiger Machtpolitik nicht mit, blieb immer mehr hinter den westeuropäischen Reichen zurück. Infolgedessen verlor es ein Grenzland nach dem anderen, seine wirtschaftliche Entwicklung kam zum Stillstand, ging seit der Mitte des 16. Jahrhunderts unmerkbar zurück. Wohl konnte sich im kleineren Rahmen der Territorien ein Fortschritt des staatlichen Ausbaues vollziehen. Aber gerade daß die Einzelstaaten auf Kosten der Gesamtheit wuchsen, hatte verhängnisvolle Folgen für die deutsche Geschichte. Das Reich des 16. Jahrhunderts war schon zu schwach, um zu der großen Frage der Reformation einheitlich Stellung zu nehmen. Auch diese Angelegenheit mußte den Einzelstaaten überlassen werden, und das bedeutete, daß sie nach territorialen und dynastischen Rücksichten verschieden, nicht nach nationalen Gesichtspunkten einheitlich gelöst wurde, daß der politische Zwiespalt, der Deutschland seit Anbeginn seiner staatlichen Geschichte durchzog, nun noch durch den konfessionellen vertieft wurde; auch das eine Belastung unserer Entwicklung, die wir nie mehr ganz haben überwinden können.

Die eigentümliche Verflechtung des politischen Gegensatzes zwischen Reichsgewalt und Partikularismus mit dem kirchlichen zwischen Katholizismus und Protestantismus hat zweimal zum inneren Krieg geführt, 1546 bis 1555 und 1618 bis 1648. Beide Male ist erschreckend deutlich geworden, wie wenig geschlossen das deutsche Nationalbewußtsein war. Jede Partei hat unbedenklich das Ausland zur Hilfe in ihrem Kampf aufgerufen, die eine Spanien, die andere Frankreich und Schweden. Deshalb hat auch das Ausland den endgültigen Frieden, den westfälischen des Jahres 1648, diktiert. Protestantismus und Partikularismus sind gerettet worden um den Preis der vollen Ohnmacht des Reichs. Mit erneuten Gebietsverlusten ist diese besiegelt worden: außer den Sonderbildungen der Niederlande und der Schweiz und den zum französischen Sprach-

bereich gehörenden lothringischen Bistümern ist damals auch echtes deutsches Land, das Elsaß, verloren gegangen. Auch sorgten die fremden Mächte dafür, daß wir nicht wieder zu Kräften kommen konnten; das Ausland beherrschte unsere Flüsse und unser ganzes Wirtschaftsleben, stellte unsere Volkskraft in den Dienst seiner Machtpolitik.

Das Reich aber war infolge der übertriebenen Selbständigkeit der Einzelstaaten seit 1648 lebensunfähig, ein Monstrum, wie Samuel Pufendorf nur allzu treffend bemerkte. Nicht vom Reich, vom Zentrum aus vollzog sich die staatliche Neugestaltung Deutschlands, sondern vom Einzelstaat, der Peripherie aus, auf dem Boden des brandenburgisch-preussischen Staats. Was dieser in der Erziehung des verwahrlosten Geschlechts des dreißigjährigen Krieges zu strenger wirtschaftlicher und politischer Arbeit geleistet hat, bleibt denkwürdig für alle Zeit, wie auch nie vergessen werden sollte, daß er zuerst von allen deutschen Staaten im Kampf gegen das Ausland verlorenes deutsches Land zurückgewonnen hat. Aber es darf nicht übersehen werden, daß die Entstehung dieses Staatswesens die Lösung der deutschen Frage zunächst erschwert hat. Denn er wuchs aus partikularer Wurzel, auf Kosten des Reichs, auf Kosten seiner Nachbarn, und schuf damit neue Gegensätze, den Dualismus zwischen Preußen und Osterreich, wie die Spannung zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland. Deshalb bedeutete Preußen keine Verstärkung des Reichs, sondern trug zu dessen Auflösung bei. Wer Preußen deswegen moralisch verdammt, wird freilich die Frage beantworten müssen, ob die habsburgische Politik, die ihren Schwerpunkt außerhalb Deutschlands hatte und bei allen großen Friedensschlüssen die Interessen des Reichs ihrer Hausmacht zum Opfer brachte, ob die bayerische, die im Bunde mit Frankreich zäh, wenn auch nicht so erfolgreich wie die preussische, groß zu werden trachtete, ob gar die kleinstaatlichen Fürsten, die ihre Landeskinder dem Ausland als Soldaten vermieteten und damit die Kosten ihrer Hofhaltungen und ihrer Baukunst deckten — man denke etwa an Kurhessen —, ob alle diese Staaten moralisch besser zu beurteilen sind.

So löste sich je länger je mehr das Band, das die deutschen Stämme zusammenhielt, und es ist kein Wunder, daß das Deutsche Reich des 18. Jahrhunderts großen politischen Aufgaben nicht mehr gewachsen war. Unter den Schlägen der Revolutionskriege brach das alte Reich zusammen. Aber wie in der Not des dreißigjährigen Kriegs, so erfuhr Deutschland auch jetzt, daß der einzelne sich von den Leiden der Gesamtheit nicht fernhalten kann. Der Sturm, der das Reich zerstörte, fegte auch die alte deutsche Staatenwelt hinweg. Alle geistlichen Staaten, eine Unzahl kleiner und kleinster Graf- und Herrschaften und fast alle Reichsstädte fielen dieser Umwälzung zum Opfer. Eine ganz neue Länderverteilung war das Ergebnis, sie hat im wesentlichen bis zur Gegenwart bestanden.

Im Jahre 1806 fand diese erste Revolution Deutschlands ihr Ende. Die politische Gesamtverfassung war vernichtet, es gab ein Kaiserreich Osterreich, ein Königreich Preußen, einen Rheinbund unter französischem Protektorat, aber kein Deutsches Reich mehr. Aber in diesem Zeitpunkt der tiefen Erniedrigung Deutschlands tritt ein neuer Faktor in das deutsche Staatsleben ein, das deutsche Volk.

Ein solches hat es wohl immer gegeben: im Minnesang, in der städtischen Kultur des Mittelalters, in der großen ostdeutschen Kolonisationsbewegung, in der machtvollen Entwicklung der Hanse spüren wir die urmächtige geistige und politische Kraft des deutschen Volkes. Aber auch diese Kraft ist gebrochen worden durch den Mangel an einheitlicher staatlicher Macht. Der westfälische Friede hat Deutschland nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und geistig unter die Vorherrschaft des Auslands gebracht. Und nur langsam und mühselig hat sich Deutschland im 18. Jahrhundert ein neues, selbständiges Geistesleben geschaffen. Es ist unabhängig von der politischen Bewegung der Zeit groß geworden. Das macht seine Stärke aus, es ist frei von allem Partikularismus geblieben; dafür entbehrt es freilich auch des belebenden Hauches einer festen nationalen Gesinnung. Erst die Not der Zeit, die seit 1806 schwer auf Deutschland lastete, weckte das Verständnis dafür, daß die geistige Individualität nicht behauptet werden könne ohne selbständiges politisches Dasein. Fichte als der Denker, Kleist als der Dichter der nationalen Erhebung verkörpern diese neue Richtung des deutschen Geisteslebens.

Aus dieser Stimmung sind die Freiheitskriege herausgewachsen. Allerdings ist die Stimmung nur da zur Tat geworden, wo die feste staatliche Organisation ihr Rückhalt und Stütze verließ. Das bedeutete zugleich aber eine Abschwächung des einheitlich deutschen Gedankens der Erhebung und Befreiung. Denn die Staaten hatten sämtlich ihre besonderen einzelstaatlichen Interessen, die sich mit den allgemeinen deutschen nicht ohne weiteres vereinigen ließen. Konnte doch die deutsche Einheit nur auf Kosten der Unabhängigkeit der Staaten politische Gestalt erlangen. So bleibt die Spannung zwischen Reich und Partikularismus, die die deutsche Geschichte bis 1806 beherrscht hat, auch im 19. Jahrhundert, wenn auch in der neuen Form des Gegensatzes von Einheitsgedanken und Einzelstaaten, bestehen. Die Versuche, diesen Gegensatz zu überwinden, erfüllen die den Freiheitskriegen folgenden Jahrzehnte. Unmittelbar nach dem unbefriedigenden Kompromiß der Bundesakte von 1815 setzt das Streben ein, dem deutschen Volk eine den großen nationalen Staatenbildungen Europas ebenbürtige, einheitliche Staatsform zu geben. In der Revolution von 1848/49 schien das Ziel erreicht zu sein, aus dem Willen der deutschen Nation heraus ein neues Deutsches Reich zu erbauen. Aber dieser scheinbare Höhepunkt der Einheitsbewegung wurde zugleich zum Zusammenbruch. Denn sie war eine geistige Bewegung ohne alle realen Stützen. Nur die Einzelstaaten besaßen eine feste staatliche Organisation, besaßen die Machtmittel, ohne die sich kein politisches Gebilde behaupten und durchsetzen kann. Und hinter ihnen stand nicht allein der Ehrgeiz der Dynastien, sondern auch der Partikularismus der einzelstaatlichen Bevölkerungen. Die Idee der deutschen Einheit scheiterte an der Realität der politischen Zerstückelung Deutschlands.

Die deutsche Frage war nur dadurch zu lösen, daß sich Idee und Wirklichkeit verbanden. Diese Lösung gefunden und ihr Gestalt verliehen zu haben, das ist das Werk Bismarcks gewesen. Die Macht und der Ehrgeiz des preußischen Staates waren nun so groß geworden, daß sie sich nicht mehr gegen Deutschland richteten, nicht mehr auf dessen Kosten Befriedigung suchten, sondern ihre Erfüllung in dem Zusammenschluß ganz Deutschlands unter preußischer Führung fanden.

Selbsterständlich konnte diese Lösung nicht ohne Härten vollzogen werden. Nur durch Blut und Eisen, durch einen Bruderkrieg mit all seinen seelischen Nöten wurde die Klarheit über die Vormacht in Deutschland geschaffen. Und ein Teil des deutschen Volkes mußte dem neuen Reiche fernbleiben, weil der dynastische Stolz der Habsburger sich dem glücklicheren Nebenbuhler ebensowenig beugen mochte, wie das eigentümliche Gebilde der österreichisch-ungarischen Monarchie in das national geschlossene Deutsche Reich hineinpafte. Auch konnte das feste Gerüst, das seit 1866 Norddeutschland, seit 1871 ganz Deutschland schützend umgab, nicht ausgerichtet werden, ohne daß hier und da ein Nagel schmerzhaft eingeschlagen wurde.

Eine unhistorische Betrachtungsweise, die sich allein durch die Versäumnisse, Fehler und Enttäuschungen der letzten Jahre bestimmen läßt, liebt es heute, das Werk Bismarcks in den Staub zu ziehen, seinen Wert durch übertriebene Betonung der Mängel und Schwächen, die ihm anhafteten, zu bestreiten. Aber wer den ganzen Lauf unserer Geschichte überblickt, wer bedenkt, wie schwer das deutsche Staatsleben seit tausend Jahren unter dem unstaatlichen Wesen des deutschen Volkes gelitten hat, der wird vielmehr anerkennen müssen, daß die Einigung des deutschen Volks in dem Bismarckschen Reich eine große Leistung gewesen ist. Die feste politische Organisation, die seit 1871 die deutschen Einzelstaaten umschloß, hielt nicht allein den Frieden im Innern und nach außen aufrecht, sondern gab auch der wirtschaftlichen Kraft des deutschen Volkes den Rückhalt, ohne den sie sich der Erweiterung des Betätigungsfeldes im neuen Reich nicht so unbesorgt hätte erfreuen können. Der ungeheure Aufschwung unseres wirtschaftlichen Lebens bis 1914 ist die unmittelbare Frucht der Reichsgründung gewesen. Aber auch politisch stellt diese eine große Tat dar. Sie schuf ein glückliches Gleichgewicht zwischen Reich und Einzelstaaten, Zentralisation und Partikularismus. Wohl wuchsen die Aufgaben und damit der Verwaltungsapparat des Reichs unaufhaltsam; aber sie taten das nicht so sehr, indem sie den Einzelstaaten Dinge wegnahmen, die sie bisher gehabt hatten, als indem sie neu entstehende Gebiete wie das der Sozialpolitik für sich in Anspruch nahmen. Darum vollzog sich dieses Wachsen des Reichs, ohne daß es zu der in früherer Zeit üblichen Untreue des Partikularismus gegen die Gesamtheit gekommen wäre. Mit einer in aller deutschen Geschichte unerhörten Einheitlichkeit und Geschlossenheit konnte so das deutsche Volk 1914 in den Kampf um sein weltpolitisches Dasein ziehen. Diese Einheit danken wir dem Kaiserreich auch heute.

Wenn freilich die historische Betrachtung das rechte Augenmaß gibt zur Beurteilung dessen, was Bismarck geleistet hat, so schärft sie andererseits auch den Blick für die Aufgaben, die er noch ungelöst gelassen hat. Die Reichsgründung war ein Anfang, kein Abschluß. Sie gab dem deutschen Volk den äußeren Rahmen eines starken Staatswesens; ihn auszufüllen mit dem lebendigen Geiste der Staatsgesinnung, das hätte der Inhalt der Geschichte der folgenden Jahrzehnte werden müssen. Eine solche Festigung des Reichs von innen heraus wurde um so dringlicher, je stärker der machtpolitische Druck von außen her auf dem Reiche lastete. Aber gerade diese Aufgabe ist nicht recht erkannt worden, weder von der Reichsregierung, noch von dem deutschen Volke. Bismarck hat wohl im Kulturkampf und im Sozialistengesetz den Versuch gemacht, politische Richtungen, die ihm

reichsfeindlich erschienen, unschädlich zu machen, aber der Geist läßt sich nicht wie Soldaten aus dem Felde schlagen. Und die weitere Aufgabe der positiven politischen Erziehung des deutschen Volkes wurde ganz außer acht gelassen. Bismarck und seine Nachfolger hielten an der hergebrachten Arbeitsteilung fest, daß die politische Arbeit allein dem Beamtentum zukomme, während das Volk sich mit den materiellen Dingen zu befassen habe. Und nur zu willig ist das deutsche Volk auf diese Teilung eingegangen. Die gewaltige wirtschaftliche Entwicklung seit 1871 ist erkauft worden um den Preis übertriebener Einstellung auf materielle Werte, der Vernachlässigung der politischen und geistigen Aufgaben, die uns als einem politisch jungen und unfertigen Staatsvolk gestellt waren.

Darum ist es vor allen Dingen nicht möglich gewesen, das alte Erbübel des deutschen Wesens, die Eigenbrödelei, innerlich zu überwinden. Am besten haben sich noch die ehemaligen Träger des Partikularismus, die Dynastien, in das neue Reich eingefügt. Aber der landschaftliche Sondertrieb des Volkes blieb lebendig auch unabhängig von den dynastischen Beziehungen, bedeutete allerdings, solange das Reich stark war, keine politische Gefahr mehr. Noch weniger gelang es, die konfessionellen Gegensätze zu überbrücken. Und neben diesen alten Spaltungen bildeten sich neue; im Parteiwesen schuf sich der Gang zur Absonderung neue Mittelpunkte, und der soziale Kampf der Lohnarbeiter gegen die Unternehmer und gegen die ganze kapitalistische Wirtschaftsform richtete sich in Deutschland in sehr bezeichnender Weise über das Wirtschaftliche hinaus unmittelbar gegen den Staat.

In den glücklichen Tagen des Friedens, die uns das Kaiserreich gebracht hat, konnte man wohl die Gefahr all dieser Gegensätze gering einschätzen. Nach außen wie im Innern schien das Reich stark genug gefügt, um solche Spannungen zu ertragen. Erst in den Zeiten des großen Kriegs, der die Leistungsfähigkeit des Reichs auf die höchste Probe stellte, ist deutlich geworden, wie sehr nicht nur unsere staatliche Organisation, sondern überhaupt unser Zusammenhalt als Volk unter dem Fortleben des Partikularismus in mannigfachen Erscheinungsformen gelitten hat. Man pflegt heute die Unterlassungen und Fehler des alten Systems hervorzuheben. Aber daneben darf das große Verschulden des deutschen Volkes nicht vergessen werden, um so weniger, als dieses Volk jetzt nach der Vertreibung der früheren Regierungen die Leitung seiner Geschichte selbst in die Hand genommen hat. Unbelehrt durch die Nöte seiner tausendjährigen Geschichte hat das deutsche Volk selbst im Augenblick der auswärtigen Gefahr nicht vermocht, den inneren Zwist beizulegen und geschlossen gegen den Landesfeind zu stehen. Und zu seinem Unglück hat es in dieser Krisis keinen Führer gefunden, der die auseinanderstrebenden Kräfte zu einheitlicher Wirkung hätte zusammenfassen können.

So ist die Katastrophe über Deutschland hereingebrochen, eine zweite große Revolution, die wie die erste im Zeitalter Napoleons I. nicht nur die innere Gestalt Deutschlands von Grund aus geändert, sondern auch schwere Gebietsverluste nach außen gebracht hat. Am 50. Jahrestag der Reichsgründung sind wir weit hinter den Zustand zurückgeworfen, aus dem uns Bismarck herausgehoben hat. Bis ins Jahr 1648 müssen wir zurückgehen, wenn wir eine ähnlich trostlose Lage Deutschlands finden wollen. Nur den äußeren Rahmen der Reichseinheit haben wir behauptet, aber auch diesen nur mit schmerzlichen Einbußen. Wir müssen von Grund aus neu bauen, geistig, politisch und wirtschaftlich. Die

neue Staatsform, unter deren Schutz sich dieser Wiederaufbau vollziehen soll, ist uns in der Weimarer Verfassung gegeben. Sie ist in bewusster Abkehr von Bismarcks Werk geschaffen worden. Nicht mehr die Einzelstaaten, sondern das deutsche Volk ist der Träger der Souveränität. So möchte es wohl scheinen, als sei der Kreislauf der deutschen Staatsentwicklung vollendet. Auf Kosten der Einheit waren die Teilstaaten groß geworden, bis sie 1806 das Reich vollends zerstört hatten; seit 1806 ist der Einheitsgedanke immer mächtiger geworden, bis er heute die Einzelstaaten als Länder dem Ganzen wieder untergeordnet hat. Aber wir wollen uns vor Illusionen hüten. Auch die heutige Staatsform ist nur ein Außerliches, das es erst mit lebendigem Inhalt zu erfüllen gilt. Die Elemente unseres staatlichen und völkischen Daseins, die den Verlauf unserer Geschichte seit tausend Jahren bestimmt haben, sind mit der Beseitigung der Monarchie keineswegs von Grund aus geändert worden. Die Spannung zwischen der Einheit des Ganzen und dem Sondertrieb der Teile besteht auch heute noch fort.

Wenn die neue Reichsverfassung, befreit von den Rücksichten auf die Dynastien, die Einheitlichkeit unseres Staatslebens weiter als früher auszugestalten versucht, so hat sie gerade damit die Gegenströmungen des Partikularismus verstärkt und gefährdet die Reichseinheit, die sie befestigen möchte. Wieder wird der Ruf laut: Los vom Reiche, und die unerfreulichen Zustände im Reiche wie in Preußen, sowie die harten Lasten, die uns der Friedensvertrag auferlegt, tragen auch dazu bei, derartige partikularistischen Stimmungen zu verbreiten.

Dieser Partikularismus ist dem Reichsgedanken darum so gefährlich, weil in ihm nicht nur die berechnete Eigenart der deutschen Volksstämme steckt, die sich gegen die Schablonisierung des politischen Lebens wehrt, nicht nur echtes Heimatgefühl, jene in tiefster Seele wurzelnde Treue, die ererbte Sitten und Gebräuche gegen das Machtgebot einer oft genug von Land- und rassenfremden Elementen beherrschten Zentralregierung verteidigt, sondern zugleich das alte Erb-übel der Deutschen, jene staatliche Zuchtlosigkeit, die sich aus Eigensinn aller Unterordnung unter das Gemeinwohl widersetzt, die sich allenfalls dem Reichsfeind, niemals aber dem deutschen Nachbar fügt. Und nicht nur räumlich, auch zeitlich ist der Gesichtskreis dieses Partikularismus beschränkt. Er denkt nur an die kleinen Vorteile des Augenblicks, die er durch seine Absonderung vom Ganzen einheimen könnte, nicht an die Not, die nach der Lehre unserer eigenen Geschichte ein Zusammenbruch des Reichs über alle seine Teile heraufbeschwören wird. Auch darin erweist er sich als unbelehrbar, daß er wie in allen großen Krisen unserer Geschichte seine egoistischen Ziele mit der Hilfe des Auslands zu erreichen strebt.

Darum muß gegen diesen Partikularismus mit aller Energie gekämpft werden. Der Verzicht auf die Reichseinheit würde auch unser Dasein als Volk gefährden. Schwer lastet die Gegenwart auf uns, düster sind die Aussichten für die Zukunft. Im Innern bedroht uns Not und Zwiespalt; und draußen lauern die Feinde darauf, uns gänzlich zu verderben. Nur darauf können wir unsere Hoffnungen aufbauen, daß wir noch immer das stärkste Volk Mitteleuropas sind, daß einer Nation von 70 Millionen das Daseinsrecht auf die Dauer nicht versagt werden kann. Aber wir können dieses Recht nur dann durchsetzen, wenn wir

unsere staatliche Geschlossenheit wahren. Bedeutsamer noch als früher ist heute die Aufgabe des Deutschen Reiches. Es ist nicht allein der Staat für die deutschen Stämme, sondern es ist zugleich das Mutterland für die Vielen, die unter Fremdherrschaft gekommen sind. Wohl haben wir heute ein Trümmerfeld vor uns. Aber die vor fünfzig Jahren geschaffene Grundlage der politischen Reichseinheit ist stark genug, um darauf weiter zu bauen.



Polen rüstet gegen Deutschland



us deutschfreundlichen Kreisen Warschaus, die über gute Beziehungen zu dortigen maßgebenden Stellen verfügen, wird uns geschrieben:

Das Wirtschaftsleben Polens geht einer Katastrophe entgegen. Die Industrie liegt infolge Mangels an Rohstoffen und Kohlen völlig danieder. Die einfachsten Fertigfabrikate müssen aus dem Auslande bezogen werden und sind infolge der schlechten polnischen Valuta kaum noch zu bezahlen. Die während des Weltkrieges in Kongresspolen und Galizien noch leidliche, in Posen und Westpreußen gute Verpflegungslage hat sich in allen Teilen Polens ständig verschlechtert. In diesem Winter ist sie durch die Plünderungen der Russen in Ostpolen, durch die überall schlechte Ernte und durch Viehverluste infolge rasch um sich greifender Seuchen so verschärft worden, daß eine Hungersnot droht. Soll ihr vorgebeugt werden, so sind umfangreiche Getreideankäufe im Auslande nötig, die aber wiederum die Lebensmittel verteuern und den Kaufwert der polnischen Mark herabdrücken müssen. Und doch ist diese schon von 60 % der deutschen Mark im Frühjahr 1920 auf 10½ % der deutschen Mark gesunken. Das weitere Sinken der polnischen Valuta muß eine weitere Verelendung der Bevölkerung zur Folge haben. Alle Hilfe, die man vom Auslande erhoffte, blieb aus. Auch Frankreich weigerte sich bisher, dem bankrotten Polen Geld zu geben. Als einzige Hoffnung auf Gesundung und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sehen die Polen nur noch die Gewinnung Oberschlesiens an. Die Notwendigkeit des Besitzes der Kohlen und Erze, der Forsten und Acker des reichen Oberschlesien wird dem Volke Tag für Tag von der Kanzel, von Agitatoren und der Presse eingehämmert. Diese Agitation, die in Deutschland viel zu wenig beachtet wurde, hat das polnische Volk von der verzweifeltsten Lage im Innern Polens abgelenkt und alle Kreise für die Ansicht gewonnen, daß Polen mit allen Mitteln, letzten Endes mit Gewalt verhindern muß, daß Oberschlesien bei Deutschland bleibt.

Die Mittel, mit denen man Oberschlesien gewinnen will, sind, wie eingeweihte Kreise hier offen erzählen, kurz folgende:

Die von Korfanty geleitete, mit französischem Gelde unterstützte Agitation in Oberschlesien hat nach Ansicht der Regierungskreise fast alle polnisch sprechenden